

Antrag 2026/I/Wi/Steu/5

Kreis Altona

Einführung einer Mindestbesteuerung der extrem Vermögenden in Deutschland

1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung zum Bundesparteitag beschließen:

- 2 1. **Die SPD setzt sich für eine Mindestbesteuerung der extrem vermögenden Haushalte in**
3 **Deutschland ein.** Von der Steuer erfasst werden natürliche Personen bzw. Haushalte mit
4 einem **Nettovermögen über 100 Millionen Euro.**
- 5 2. Für diese Vermögensgruppe wird ein jährlicher **effektiver Mindeststeuersatz von 2 % des**
6 **Nettovermögens** angestrebt. Liegt die tatsächlich gezahlte Steuerlast der einbezogenen
7 Haushalte darunter, wird eine **Ausgleichsabgabe** erhoben, bis die 2 % erreicht sind.
- 8 3. **Alle Vermögensarten**, einschließlich Betriebsvermögen und nicht börsennotierter Unter-
9 nehmensanteile, sind einzubeziehen.
- 10 4. **Steuerflucht** z.B. durch Verlagerung des Wohnsitzes ins Ausland soll durch Regelungen
11 wie in den USA unterbunden werden, d.h. durch Bindung der Steuerpflicht an die Staats-
12 bürgerschaft und nicht an den Wohnsitz (Citizen-Based Taxation / Exit Tax).
- 13 5. Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen im Einzelfall sind **Stundungs- und streckende**
14 **Zahlungsregelungen** vorzusehen.
- 15 6. Die erwarteten Mehreinnahmen tragen zur **Stärkung der öffentlichen Finanzen** bei und
16 können z.B. für **Zukunftsinvestitionen** in Klimaschutz, Infrastruktur und Bildung einge-
17 setzt werden.
- 18 7. Die SPD setzt sich darüber hinaus auch auf europäischer Ebene für eine **koordinierte Min-**
19 **destbesteuerung von Milliardärinnen und Multimillionärinnen** ein.
- 20 8. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-
21 Bundestagsfraktion werden aufgefordert, **einen Gesetzentwurf zur nationalen Mindest-**
22 **besteuerung im kommenden Jahr vorzulegen.**

23 **Begründung**

24 Deutschland ist ein wohlhabendes Land – doch der Reichtum verteilt sich immer ungleicher.
25 Sehr große Vermögen wachsen deutlich schneller als mittlere oder kleine, weil hohe Kapital-
26 erträge und steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten dazu führen, dass sich der extreme Reich-
27 tum zunehmend selbst verstärkt. Ohne politische Korrekturen droht eine dauerhafte Konzen-
28 tration wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger.

29 Diese Super-Vermögen entstehen nicht unabhängig von der Gesellschaft. Sie basieren auf
30 einem funktionierenden Staat: auf Bildung, Infrastruktur, Forschung, Gesundheitssystem,
31 Rechtssicherheit und sozialer Stabilität. Diese Voraussetzungen werden von der Allgemeinheit
32 finanziert – vor allem durch Steuern und Abgaben auf Arbeit und Mittelstand.

33 Das heutige Steuersystem bildet dieses Verhältnis jedoch nicht mehr ab. Während Arbeits-
34 einkommen und mittlere Vermögen hoch belastet werden, zahlen extrem Vermögende oft
35 sehr niedrige effektive Steuersätze. Kapital- und Vermögensgewinne werden häufig deutlich
36 schwächer besteuert als Erwerbsarbeit. So tragen ausgerechnet diejenigen, die am stärksten
37 vom Wirtschaftssystem profitieren, relativ wenig zu seiner Finanzierung bei.

38 Eine Mindestbesteuerung extrem Vermögender stellt das Leistungsfähigkeitsprinzip wieder
39 her. Sie sorgt dafür, dass außergewöhnlich hohe Vermögen einen gerechteren Beitrag zur Fi-
40 nanzierung der öffentlichen Aufgaben leisten – statt dass diese Lasten einseitig vom Mittel-
41 stand und den Beschäftigten getragen werden.

42 Internationale Konzepte, unter anderem des französischen Ökonomen Gabriel Zucman, zeigen,
43 dass eine solche Mindestbesteuerung wirksam und praktikabel ist.

44 Für Deutschland liegen verlässliche Vermögensdaten vor, die zeigen: **Rund 2.000 bis 3.000**
45 **Haushalte** verfügen über ein Vermögen von **mehr als 100 Mio. €**, darunter sind **800 bis 1.300**
46 **Milliardenhaushalte**. Das oberste Promille der Deutschen besitzt in Summe ca. **1,6 bis 2,1 Bil-**
47 **lionen Euro**.*

48 Eine Mindestbesteuerung der extrem Vermögenden bietet beides: gerechtere Lastenverteilung
49 und eine solide Finanzierung zentraler Zukunftsaufgaben. Seriöse Schätzungen zeigen, dass **ein**
50 **jährliches Aufkommen von 15 bis 30 Milliarden Euro** mobilisiert werden könnte.

51 Auch international wächst der Druck, Vermögendste stärker einzubeziehen – ähnlich wie bei
52 der globalen Mindestbesteuerung multinationaler Konzerne. Eine nationale Lösung stärkt die
53 Position Deutschlands, eine **europäische und langfristig globale Verständigung** zu erreichen.

54 Unser Vorschlag dient der **Stärkung des sozialen Zusammenhalts**. Wenn diejenigen, die am
55 meisten vom Wirtschaftssystem profitieren, einen gerechten Beitrag leisten, stärkt das das Ver-
56 trauen in unseren demokratischen Staat. Die SPD zeigt damit erneut: Wir stehen für ein leis-
57 tungsfähiges Gemeinwesen, für Fairness und für solide Finanzen – und wir scheuen nicht davor
58 zurück, nötige Reformen mutig anzupacken.

59 *) Zahlenangaben und Berechnungen auf Basis von SOEP/DIW, Global Wealth Report (Credit
60 Suisse/UBS), World Inequality Database (WID)